Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7454**

14. Wahlperiode 14. 11. 2001

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Gudrun Kopp, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Konsumenten- und Investorenvertrauen stärken – Wachstumskrise mit strukturellen Reformen überwinden

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung kann keines ihrer wirtschaftspolitischen Versprechen einlösen. In diesem Jahr wird die deutsche Volkswirtschaft stagnieren, im nächsten Jahr bestenfalls mit einer Rate um ein Prozent wachsen. Die Wachstumsversprechungen, die die Bundesregierung z. B. im Jahreswirtschaftsbericht 2001 gemacht hat, sind in einem Maße unterboten worden, das nicht allein mit den Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 erklärt werden kann.

   Die Zahl der Arbeitslosen wird aller Voraussicht nach auf deutlich über 4 Millionen ansteigen. Der Bundeskanzler hatte hingegen versprochen, die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen zu senken.

   Auch das Versprechen der Bundesregierung, die Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent zu senken, ist trotz ständig steigender Ökosteuer längst Makulatur. Die Sozialversicherungsbeiträge liegen deutlich über 40 Prozent mit steigender Tendenz.

   Das Vertrauen von Konsumenten und Investoren ist auf einem Tiefstand.

   In der gegenwärtigen Wachstumskrise zeigt sich, dass die Konsolidierungserfolge der Bundesregierung nur Scheinerfolge waren. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission wird die Bundesregierung im Jahre 2001 ein Haushaltsdefizit von 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen und damit den in ihrem Stabilitätsprogramm angestrebten Wert von 1,5 Prozent sehr deutlich verfehlen. Für 2002 ist zu erwarten, dass die Nettoneuverschuldung dicht an die im europäischen Stabilitätspakt vereinbarte Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stoßen wird. Die Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung in der Boomphase 1999/2000 waren also unzureichend, um eine Wachstumsschwäche haushaltspolitisch abfedern zu können.

Der Grund für dieses Wachstums- und Finanzdesaster Deutschlands ist hausgemacht. Die grün-rote Bundesregierung hat durch eine falsche Politik die Wachstumskräfte im Land lahmgelegt und das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erheblich beschädigt. Deutschland steckt in einer tiefen Wachstumskrise, obwohl die Europäische Zentralbank erhebliche geldpolitische Impulse gibt. Der europäische Leitzins liegt mit 3,25 Prozent inzwischen im Vergleich zum Jahresanfang um 150 Basispunkte niedriger.

Nach den neuesten Zahlen der EU-Kommission ist die deutsche Volkswirtschaft das wirtschafts- und finanzpolitische Schlusslicht. Während die EU-Kommission für alle 12 Staaten in Euroland ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent in diesem Jahr und 1,8 Prozent im nächsten Jahr erwartet, muss sich demnach Deutschland mit 0,8 Prozent 2001 und 1,4 Prozent 2002 zufrieden geben.

Weder ein hoher Anteil Deutschlands an Exporten in Nicht-EU-Länder noch die Verschlechterung der terms of trade (terms of trade geben an, wieviel Güter ein Exportland aufwenden muss, um eine bestimmte Menge an Gütern einführen zu können) als Grund für die relativ besonders schlechte Position Deutschlands akzeptiert werden. Denn andere Länder wie z. B. Irland und Großbritannien sind noch stärker mit dem EU-Ausland verflochten und die Verschlechterung der terms of trade wie z. B. der Anstieg der Ölpreise im Jahre 2000 trifft alle Volkswirtschaften gleichermaßen. Auch der in Deutschland besonders negative Beitrag des Bausektors oder der besonders hohe Anteil industrieller Produkte am gesamtwirtschaftlichen Output können das unterdurchschnittliche Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich alleine nicht genügend erklären. Entscheidend ist, dass die Steuerreform der Bundesregierung einseitig große Kapitalgesellschaften entlastet hat, die jetzt massenhaft Stellen streichen. Die Entlastung des Mittelstandes und der Verbraucher ist hingegen durch höhere Ökosteuer, die höchste Geldentwertung seit acht Jahren und steigende Sozialversicherungsbeiträge z. B. in der Krankenversicherung de facto wieder zunichte gemacht worden. Entscheidend ist, dass diese Bundesregierung den Arbeitsmarkt reguliert hat wie nie zuvor.

2. Ein Land, das aufgrund umfassender weltwirtschaftlicher Verflechtung besonders stark von externen Einflüssen abhängig ist, muss sich indes auch entsprechend gut aufstellen. Bezeichnend dafür, dass diese Bundesregierung das Gegenteil tut, ist die Feststellung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) im Monatsbericht Oktober 2001, dass die effektive deutsche Abgabenbelastung durch Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich extrem schlecht ausfällt: In einem Vergleich der effektiven Belastung von Durchschnittseinkommen der OECD-Länder liegt Deutschland an drittletzter Stelle; nur Dänemark und Belgien schneiden noch schlechter ab (Grafik 7 im Monatsbericht des BMF vom Oktober 2001 S. 64). Bei den effektiven Durchschnittssteuersätzen für Unternehmen im Jahre 2000 in den EU-Staaten liegt Deutschland sogar an letzter Stelle und rückt durch die Steuerreform lediglich auf den vorletzten Platz (vor Frankreich) vor (vgl. Grafik 4, Monatsbericht des BMF vom Oktober 2001).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf:

1. Die Bundesregierung muss die nächsten Steuerreformstufen auf 2002 vorziehen. Das bringt eine Entlastung von rd. 52 Mrd. DM für die Bürger und die mittelständischen Betriebe. Das Vorziehen der Steuerreform könnte kurzfristig zu einem Wachstumsplus von knapp einem Prozent führen. Die psychologischen Effekte sind hier noch nicht eingerechnet.

2. Die Bundesregierung muss schon jetzt ankündigen, dass der Steuerreform I bald eine Steuerreform II folgt. Eine steuerpolitische Reformpause bis zum Jahre 2006 wäre gerade jetzt ein falsches Signal. Deshalb muss jetzt eine radikale Steuervereinfachung angegangen werden. Im Mittelpunkt einer Steuerreform II muss der Übergang zu einem einfachen Stufentartif mit Steuersätzen von 15 Prozent, 25 Prozent und in der Spitze 35 Prozent stehen. Von Vereinfachungen im Einkommensteuerrecht profitieren insbesondere mittelständische Unternehmen, die nur selten über Möglichkeiten und Kapazitäten für Steueroptimierungsstrategien verfügen. Deshalb wird im Zuge einer Steuerreform II auch ein radikaler Abbau steuerlicher Ausnahmeregelungen und eine einheitliche Besteuerung der Einkommen von Gewerbebetrieben, Freiberuflern sowie Land- und Forstwirten zu verwirklichen sein.
3. Die Bundesregierung verzichtet auf die Verbrauchsteuererhöhungen (Tabak-, Versicherungssteuer) im kommenden Jahr. Neben der verheerenden psychologischen Wirkung im konjunkturellen Abschwung würde diese Steuererhöhung diese Preise um 0,4 Prozent-Punkte nach oben treiben.
4. Die Bundesregierung verzichtet auf weitere Stufen der Ökosteuererhöhung. Die nächste Ökosteuererhöhung würde zu einem um mindestens 0,2 Prozent-Punkte höheren Preisniveau führen. Allein das Aussetzen einer Ökosteuerstufe bedeutet ein zusätzliches Wachstum von 0,1 Prozent. Die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge ist durch eine konsequente Rentenreform II zu erreichen.
5. Die Bundesregierung legt umgehend ein Konzept für die Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung bei allen Vorsorgeformen für das Alter vor.
6. Die Bundesregierung legt unverzüglich ein Konzept vor, um in der Arbeitslosenversicherung wieder ein strenges Versicherungsprinzip zur Geltung kommen zu lassen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik – wie zum Beispiel Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – muss entschlossen gestrafft und in den Bundeshaushalt überführt werden. Dadurch wird eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von heute 6,5 % auf 4,5 % ermöglicht. In einem ersten Schritt wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2002 um einen Prozentpunkt gesenkt.
7. Der Mittelstand ist zielgerichtet von Bürokratielasten zu befreien. Die Bundesregierung ergreift konkrete Maßnahmen, um längere Erhebungsfristen beim Steuereinzug und großzügigere Abschneidegrenzen bei der amtlichen Statistik vorzusehen. Darüber hinaus sind die monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungen abzuschaffen. Schließlich ist eine einheitliche und behördenübergreifende Verdienstbescheinigung zu entwickeln. Außerdem ist jede Neuregelung, die zu einer Verlagerung von Verwaltungsarbeiten auf Unternehmen führt, mit einer Vergütungsverpflichtung für den Staat zu koppeln.
8. Die Bundesregierung legt einen Zeitplan für eine Deregulierungs- und Entbürokratisierungsoffensive in der Wirtschaft vor. Bestandteile dieser Entbürokratisierungsoffensive sind u. a.

   - eine Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Ausdehnung der Höchstdauer der Überlassung von Leiharbeitern, Abschaffung des Synchronisierungsverbotes, Aufhebung des Wiedereinstellungsverbotes, Aufhebung des Verbotes der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe),
   - Erleichterung der Befristung von Arbeitsverträgen (durch Abschaffung des Verbots eines wiederholten Abschlusses eines befristeten Arbeitsvertrages, Ausdehnung der Befristung auf 4 Jahre),

- Flexibilisierung des Tarifrechts durch Einfügung von gesetzlichen Öffnungsklauseln in § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz,
- Legalisierung der betrieblichen Bündnisse für Arbeit durch eine Neuinterpretation des Günstigkeitsprinzips im Sinne des § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz,
- Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zur Entlastung des Mittelstandes von Bürokratie und unnötigen Kosten durch eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der betrieblichen Mitbestimmung nach Maßgabe des Antrages der Fraktion der FDP „Reform der Mitbestimmung zur Stärkung des Mittelstandes“ (Bundestagsdrucksache 14/5764).

9. Die Bundesregierung nimmt einschneidende Reformen in Angriff, um die Ausgabenexplosion im Sozialwesen in den Griff zu bekommen und dem Lohnabstandsgebot am Arbeitsmarkt wieder Geltung zu verschaffen. Alle Leistungsgesetze gehören in dieser Hinsicht auf den Prüfstand.

Berlin, den 13. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333